



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND WOHNUNGSBAU

BREXIT - Positionierung

(Stand 06.07.2017)

Einordnung

Die wirtschaftspolitischen Beziehungen: Das Vereinigte Königreich ist für Baden-Württemberg ein wichtiger Handelspartner. Sowohl in der Export- als auch in der Importstatistik belegt das Vereinigte Königreich seit Jahren einen Platz unter den ersten 12 Nationen. Mit 12 Milliarden Euro Exportvolumen belegte das Vereinigte Königreich im Jahr 2016 den sechsten Platz in der baden-württembergischen Handelsstatistik. Jeder dritte Euro entfiel dabei allein auf Automobile und Kraftwagenteile. Die britischen Importe nach Baden-Württemberg waren mit 4,6 Milliarden Euro im Vergleich geringer. Brückenbauer sind die britischen und baden-württembergischen Unternehmen auch in ihrer Rolle als Investoren: Von 2003 bis 2013 verdoppelte sich das Volumen der Direktinvestitionen britischer Unternehmen in Baden-Württemberg auf 4,4 Milliarden Euro. Die Briten schlossen damit zur Spitzengruppe der internationalen Investoren auf Rang vier in der baden-württembergischen Wirtschaftsstatistik auf. Umgekehrt war das Vereinigte Königreich nach den USA das zweitwichtigste Zielland für baden-württembergische Direktinvestitionen ins Ausland.

Die Zäsur ist bereits spürbar: Der Brexit bedeutet eine Zäsur für die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Baden-Württemberg und dem Vereinigten Königreich. Wir bedauern, dass das Vereinigte Königreich am 29. März 2017 einen Antrag auf Austritt der EU gestellt hat. Denn nicht nur die Waren- und Dienstleistungsströme verbinden das Land mit dem Vereinigten Königreich, sondern auch gemeinsame wirtschaftspolitische Werte: Weltoffenheit, Wettbewerb und freier Handel. Die zukünftigen Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich sind im Geiste dieser Werte zu gestalten. Baden-Württemberg wird weiter Brücken bauen.

Positionen

Gemeinsam mit der Wirtschaft und für die Wirtschaft hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau in enger Abstimmung das folgende 10-Punkte-Papier entwickelt.

1. **Übergeordnetes wirtschaftspolitische Ziel: Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenfreizügigkeit weitestmöglich erhalten.** Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist eine Lösung wünschenswert und zu unterstützen, die den Handel zwischen Baden-Württemberg und dem Vereinigten Königreich möglichst wenig einschränkt.
2. **Übergeordnetes europapolitisches Ziel: den Binnenmarkt erhalten.** Mögliche "Zentrifugalkräfte" müssen vermieden werden, um den Zusammenhalt der verbleibenden EU-27 nicht zu gefährden. Ein „Rosinenpicken“ seitens des Vereinigten Königreichs wird daher klar abgelehnt. Denn der Zusammenhalt in einem Binnenmarkt in einer EU 27 ist für die Wirtschaft in

Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung; gerade auch vor dem Hintergrund der in vielen Teilen der Welt zunehmenden protektionistischen Tendenzen.

3. **Unsicherheiten baldmöglichst reduzieren.** Wie werden sich nach einem Brexit die Zölle und Wechselkurse entwickeln? Welche neuen Einfuhrvorschriften und Produktstandards werden gelten? Werden Service-Mitarbeiter weiterhin problemlos im Vereinigten Königreich Wartung und Kundenbetreuung wahrnehmen können? Diese und viele weitere offene Fragen können Investitionen und Geschäfte verzögern, denn Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit.
4. **Möglichst keine Zölle aufbauen:** Ein wesentliches Hemmnis in den Handelsbeziehungen wäre die Einführung von Zöllen (tarifäre Handelshemmnisse); Güter und Dienstleistungen würden unnötigerweise über die Zölle und die Zollabwicklungskosten verteuert.
5. **Möglichst wenig unnötige Bürokratie:** Es gilt nicht-tarifäre Hemmnisse soweit als möglich zu vermeiden, auch sie verteuern und verkomplizieren den Waren- und Dienstleistungsverkehr und belasten den Liefer- und Produktionsablauf mit Bürokratie.
6. **Möglichst reibungslose Beschäftigung von Fachkräften mit EU-Pass:** Mitarbeiter von Unternehmen sollten auch künftig keine speziellen Genehmigungen brauchen, um im jeweils anderen Land zu arbeiten. Neben langfristiger Beschäftigung gilt dies auch für kurzfristige Termine, z.B. bei Messen oder als Servicemitarbeiter.
7. **Branchenspezifische Herausforderungen berücksichtigen:** Beispielhaft sind hier drei Schlüsselbranchen in Baden-Württemberg herausgegriffen:
 - **Automobilbranche:** Nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie haben die deutschen Konzernmarken im Vereinigten Königreich bei den Neuwagen einen Marktanteil von 50 %. Diese hochvernetzte Branche nutzt intensiv das **Just-in-Time Verfahren**. Jegliche Marktzugangshemmnisse würden die Produktion verzögern. Lieferantenbeziehungen müssen neu gestaltet werden. Unklare Regelungen mit unabsehbaren zeitlichen Grenzprocedere sind zu vermeiden.
 - **Maschinenbau:** Ein wichtiger Vorteil der EU für die baden-württembergischen Maschinenbauer besteht in gleichen Regeln und der **Harmonisierung der Industrienormen**. Das Vereinigte Königreich sollte auch ohne die EU die jeweiligen Standards und Normen 1:1 übernehmen.
 - **Gesundheitsindustrie / Pharma:** Ziel muss es sein, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs und der Umzug von EU-Agenturen die regulatorischen Kapazitäten, Prozesse und Zeitrahmen gerade im Bereich der **Zulassung und Einführung neuer Medikamente** nicht negativ beeinflusst. Für Medizinprodukte wird gefordert, dass Produkte mit CE-Kennzeichen relativ einfach auf dem britischen Markt zugelassen werden und umgekehrt.

Außer den genannten Branchen sehen sich auch andere Ausrüster, Metallherzeuger, Chemieunternehmen und viele weitere Wirtschaftszweige, auch das Handwerk, vergleichbaren Herausforderungen gegenüber. Sie alle wollen wir begleiten und ihre Interessen engagiert vertreten.

8. **Sinnvolle Übergangsregelungen schaffen:** Zwischen dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und einem neuen Handelsabkommen wird voraussichtlich eine Zwischenphase entstehen. Die EU sollte frühzeitig auch diese Übergangs-Regulierungen klären. Viele Unternehmen arbeiten in hochkomplexen Wertschöpfungsnetzwerken und sind mittel- und langfristig auf tragfähige Forschungs- und Projektpartnerschaften angewiesen. Pragmatische aber auch eindeutige Übergangsregelungen sind aus Sicht der Wirtschaft notwendig.
9. **Weiterhin impulsgebende europäische Investitionen gewährleisten:** Durch den geplanten Austritt des Vereinigten Königreichs müssen die Finanzbeziehungen der EU neu überdacht werden (erste Schätzung: 10 Mrd. Euro pro Jahr weniger durch den Ausfall des Nettobeitrages des Vereinigte Königreichs). Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau plädiert unverändert für eine EU, die in Zukunftsthemen wie Innovation und Digitalisierung investiert; gerade auch zur Unterstützung der KMU. Hierfür haben sich die diversen Programme der Forschungs- und Regionalpolitik als sehr sinnvoll erwiesen; die baden-württembergische Unternehmen profitieren in hohem Ausmaß von diesen Kooperationen und Strukturen.
10. **Weiterentwicklung der EU auch im Sinne der Wirtschaftspolitik:** Der Brexit bewirkt eine Reflexion über die Zukunft der EU. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau setzt sich dafür ein, dass die EU wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen stärkt (z.B. im Rahmen der Diskussionen über Wirtschafts- und Währungsunion, Unternehmenssteuer bzw. das Weißbuch zur Zukunft Europas der Europäischen Kommission). Je stärker die EU und die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich aufgestellt sind, desto stärker wird der Standort Baden-Württemberg profitieren.

Eine der zentralen Stärken der baden-württembergischen Wirtschaft ist ihre hohe Diversifizierung - sowohl bei den Produkten als auch bei den Exportländern. Deshalb wird es gelingen, die Folgen des Brexit gesamtwirtschaftlich in Grenzen zu halten.

Aktivitäten des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Die Aktivitäten des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau bestehen aus zwei Säulen, die in enger Abstimmung mit den Organisationen der Wirtschaft gestaltet und bei Bedarf weiterentwickelt werden:

- Begleitung der baden-württembergischen Wirtschaft
- Positionierung des Standortes Baden-Württemberg

(1) Begleitung der baden-württembergischen Wirtschaft

Wir werden unsere baden-württembergischen Unternehmen – vor allem die KMU – bei dem Brexit-Prozess begleiten. Wir erwarten, dass im Laufe der Verhandlungen eine Reihe von branchenspezifischen Spezialproblemen behandelt werden müssen. Folgende Bausteine sind vorgesehen:

a) Anlaufstelle für Branchenorganisationen der Wirtschaft mit Problemen im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich („Kümmerer-Funktion“)

- Europareferat des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau als unmittelbarer Ansprechpartner
- Kontaktadresse: brexit@wm.bwl.de

b) Strategische Begleitung

- Kontinuierliche Begleitung der Verhandlungen und der politischen Rahmenbedingungen, u.a. in Gremien des Landes, des Bundesrates, der Wirtschaftsministerkonferenz sowie auf Brüsseler Ebene

c) Einflussnahme für unsere Wirtschaft

- Über Gespräche, Positionspapiere oder Veranstaltungen werden die relevanten Bedürfnisse der Branchen in den Prozess eingespeist.

(2) Positionierung des Standortes Baden-Württemberg

Auch für die internationalen Unternehmen mit einer Niederlassung im Vereinigten Königreich könnte der Brexit einen Umbruch bedeuten: Laut LBBW Research plant jedes siebte internationale Unternehmen im Vereinigten Königreich eine Standortverlagerung, davon 54 % nach Deutschland. Wir werden bei möglichen Investoren für den Standort Baden-Württemberg werben. Die strategische Standortwerbung durch Baden-Württemberg International (bw-i) bezüglich Brexit beruht auf folgenden aufeinander aufbauenden Säulen:

a) Strategieentwicklung

- Marketingstrategie differenziert nach Branchen, Geschäftsfeldern, Technologiefeldern und anderen Zielgruppen, die besonders zum Standort Baden-Württemberg passen

b) Individuelle Investorenansprache

- Gezielte und gestufte Standortwerbung sowie Flankierung durch Marketing- und Außenwirtschaftsmaßnahmen
- Direkte, aber diskrete Ansprache über Standortbotschafter und Landesnetzwerke

c) Geschäftsstelle bei bw-i

- Koordinierung und Gesamtbetreuung der Brexit-bezogenen Standortaktivitäten